

Kommuniqué der Unternehmerverbände zur beruflichen Bildung in Mecklenburg- Vorpommern

Im Ergebnis des gemeinsamen Branchentages der Unternehmerverbände Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V., Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V. und Vorpommern e.V. wenden wir uns mit nachstehenden Forderungen an alle bildungspolitischen Akteure in Mecklenburg-Vorpommern.

Unser Bundesland verfügt über einen starken Bildungssektor, der gerade auf der Schwelle vom Übergang Schule-Wirtschaft und bei der Umsetzung bildungspolitischer Aktivitäten in und außerhalb von Wirtschaftsunternehmen in der Lage ist, die Herausforderungen der Zukunft mit einer lebensbegleitenden Weiterbildung zu meistern. Dazu bedarf es aber einer flankierenden Begleitung durch staatliche Einrichtungen, die getragen wird von Kontinuität und Stabilität. Vorurteilsfrei und ohne ideologische Schranken hat die Bildung, die die besten Ergebnisse bringt, Vorrang vor der Bewahrung althergebrachter Konzepte und Strukturen. Dem privaten Bildungssektor ist seitens des Landes dazu mehr Beachtung zu schenken.

Die Wirtschaft weiß um die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildung. Sie ist die Grundlage für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, gerade auf zunehmend globaleren Märkten.

Die Unternehmerverbände sehen es als ihre Aufgabe an, die Unternehmen bei der Deckung ihrer Bildungsbedarfe durch die Vermittlung leistungsfähiger Anbieter zu unterstützen. Andererseits werden sie im engen Dialog mit der Wirtschaft und den Bildungsträgern Einfluss auf eine noch stärkere bedarfsorientierte Weiterentwicklung von Inhalten und Strukturen nehmen. Dazu diene auch der 2. UV-Branchentag - Berufliche Bildung.

Folgende Themenkomplexe bedürfen einer besonderen Beachtung:

I. Ausbildung

Für die Wirtschaft ist die duale Berufsausbildung das am stärksten nachgefragte Instrument zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs.

Wir fordern:

- Dem staatlichen und privaten Sektor kommt dabei die Aufgabe zu, mit einer leistungsfördernden Unterrichtsversorgung, die konsequent zu gewährleisten ist, die Ausbildungsbemühungen der Unternehmen zu unterstützen.
- Der Anteil der Ausbildungsabbrüche ist durch eine vorgelagerte, klischeefreie Information über die zukünftigen Berufe und Arbeitsbedingungen sowie einer besseren Begleitung der Auszubildenden in schwierigen Phasen nennenswert zu minimieren.
- Private berufsbildende Einrichtungen müssen denselben Stellenwert in der Förderung haben wie staatliche Einrichtungen. Ein fairer Wettbewerb um die besten Ergebnisse bedingt gleiche oder ähnliche Ausgangsvoraussetzungen.

II. Berufliche Weiterbildung

Eine Wissensgesellschaft setzt die Existenz von Einrichtungen voraus, die schnell und nachhaltig auf veränderte Bildungsbedarfe in allen Lebensphasen reagieren.

Wir fordern:

- Dem Erhalt leistungsfähiger Bildungsanbieter ist durch mehr öffentliche und staatliche Aufmerksamkeit Rechnung zu tragen.
- Das Prinzip der niedrigsten Kosten ist in allen öffentlichen Ausschreibungsverfahren einer an der Wirtschaftlichkeit orientierten Vergabe zu opfern. Bildung hat ihren Preis!
- Die besondere Wirtschaftsstruktur des Landes mit mehrheitlich kleinen und kleinsten Unternehmen bedingt ein größeres Maß an Koordination der Weiterbildung um dem Bedarf, bei bezahlbarer Sicherstellung, zu entsprechen. Unabhängigen Informationssystemen wie dem „Bildungsnetz M-V“ kommt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle zu.
- Die Unternehmen müssen aus eigenem Antrieb heraus zukünftig noch mehr in Bildung investieren. Die Zukunftsfähigkeit und die Innovationskraft ist nur sicherzustellen, wenn mit höheren eigenen Aufwendungen bedarfsorientiert Aus- und Weiterbildung praktiziert wird.

- Mit neuen Formen von PPP-Modellen sind eigene unternehmerische Interessen mit zunehmenden Bildungskosten besser zu vereinbaren. Den bereits existierenden Stipendienprogrammen, wie dem Deutschlandstipendium oder sonstigen Instrumenten zur privaten direkten Unterstützung von Studierenden, sind neue Formen der Anteilsfinanzierung von Studium, Aus- und Weiterbildung hinzuzufügen.

III. EU-Strukturfondsperiode

In einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Bildungsbranche lassen sich bisher brachliegende Personalressourcen erschließen. Dabei kommt auch zahlreichen Arbeitsmarktprojekten auf landes-, bundes- und europäischer Ebene eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Wir fordern:

- Der eingetretene Verzug bei der Veröffentlichung einzelner Programmschwerpunkte aus der neuen Förderperiode seitens des Bundes und der Europäischen Union und der dadurch bedingte verspätete Beginn von arbeits- und bildungspolitischen Maßnahmen stellt zahlreiche Bildungs- und Projektträger vor existentielle Probleme. Um ein Wegbrechen bewährter Strukturen und von Anbietern zu verhindern, ist eine zügige Bearbeitung und Genehmigung von Anträgen in den kommenden Monaten zu gewährleisten.
- Kooperationsverbände zwischen Projektträgern, Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen sowie wirtschaftsnahen Verbänden gewährleisten am besten Zielsetzungen von zunehmender Innovation, Nachhaltigkeit und sozialer Integration. Die einzelnen Bewilligungsbehörden sind aufgerufen, bei der Beurteilung von Anträgen diese Konstellationen zu berücksichtigen.

IV. Bildung als Wirtschaftsfaktor

Die Bildungsbranche im Land beschäftigt zig-tausende an hochqualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Gerade für ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern, mit einem geringen Bruttoinlandsprodukt, bietet Bildung über den eigenen Bedarf hinaus die Möglichkeit, Umsatz, zusätzliches Einkommen und Kaufkraft zu generieren. Darüber hinaus sind leistungsstarke und attraktive Bildungseinrichtungen ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil, der im harten Wettbewerb um Unternehmensentwicklungen und Ansiedlungen für viele Regionen ein für oder wider bedeutet.

Wir fordern:

- Die Landesregierung und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sollten endlich ihre ablehnende Haltung gegenüber der Ansiedlung und Akkreditierung privater Bildungsunternehmen im hochschul- und universitären Bereich aufgeben. Über die anteilige Finanzierung mittels privatentrichteter Studiengebühren kostet private Bildung dem Land weniger als der staatliche Sektor.
Es muss doch mehr als nachdenklich stimmen, dass private Hochschulen in M-V wirtschaftlich nicht überlebensfähig waren oder ihren Sitz aus Mecklenburg-Vorpommern verlagert haben.
- Eine gezielte Ansiedlungs- und Unterstützungskampagne kann gemeinsam mit privaten und institutionellen Einrichtungen für Mecklenburg-Vorpommern als Bildungsstandort in Deutschland werben.

Die unterzeichnenden Unternehmerverbände stehen allen an einer Verbesserung Interessierten für weitergehende gemeinsame Schritte auf dem Weg zu einem Bildungsland Mecklenburg-Vorpommern mit starken Wirtschaftsunternehmen zur Verfügung.

Rostock, den 6. November 2014



Frank Haacker
Präsident
Unternehmerverband
Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.



Rolf Paukstat
Präsident
Unternehmerverband Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.



Gerold Jürgens
Präsident
Unternehmerverband
Vorpommern e.V.

Mit dem Format des UV-Branchentages haben die drei großen Unternehmerverbände des Landes, die Unternehmerverbände Schwerin, Rostock und Vorpommern eine Veranstaltung ins Leben gerufen, die exklusive Informationen mit den persönlichen Kontakten von Gleichgesinnten eines Wirtschaftszweiges verbindet.

Unternehmensvertreter aus dem Bereich der "Beruflichen Bildung", der Lehre und Forschung und des Transfers von Bildungsinhalten trafen sich am 6. November in Rostock.

Weitergehende Informationen zum Ablauf und den Beiträgen erhalten Sie unter: <http://unternehmerverbaende-mv.com/termineveranstaltungsangebote-fuer-sie/besondere-events/item/803-branchentag-2014.html>